

## Positionen der Parteien zum Thema Rente:

### CDU/CSU

CDU und CSU loben die aktuelle Rentenregelung und die Rentenreform von 2007, an der sie keine größeren Änderungen planen. Nur die Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rente sollen ausgebessert werden. Zur Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll eine Kommission bis Ende 2019 Vorschläge abgeben.

(S. 41-43)

### SPD:

Das Rentenniveau soll bis 2030 auf dem jetzigen Stand von etwa 48 Prozent stabilisiert werden. Den aktuellen Beitragssatz von 18,9 Prozent will die SPD bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen lassen. Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters über 67 Jahre hinaus schließen die Sozialdemokraten aus. Außerdem plant die SPD, dass Selbstständige verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung gehen müssen. (S. 35)

### Grüne

Die Grünen setzen sich für eine Mindestrente, die "Garantierrente", ein. Am Rentenalter von 67 Jahren halten sie fest, dafür solle Altersteilzeit ab 60 erleichtert werden. Sie stehen hinter den drei Säulen der Altersvorsorge: gesetzlich, privat und betrieblich. "In der Altersvorsorge wollen wir mit einem staatlichen Basisprodukt eine transparente Alternative zum Dschungel der Altersvorsorgeprodukte schaffen." Außerdem geplant sind eine schnellere Angleichung der Ost- und West-Renten und ein stabiles Rentenniveau,

### Linke

Die Linke kritisiert steigende Altersarmut. Die Partei setzt sich daher für eine solidarische Mindestrente ein: Jeder Rentner soll monatlich mindestens 1050 Euro Einkommen haben. Renten unterhalb dieser Grenze sollen vom Staat aufgestockt und die Renten in Ost und West sofort angeglichen werden. In Rente soll man grundsätzlich ab 65 Jahren gehen können. Wer 40 Beitragsjahre zusammen hat, kann ab 60 Jahren in Rente gehen. Jeder, auch Politiker oder Freiberufler, soll ausnahmslos in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, damit das Rentensystem funktioniert. Daher spricht sich die Partei auch gegen Riester-Renten oder kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge aus.

Zusätzlich möchte die Partei das Rentenniveau, also das Verhältnis des durchschnittlichen Lohns zur durchschnittlichen Rente, auf 53 Prozent anheben. Das bedeutet laut Wahlprogramm rund 120 Euro Rente mehr im Monat.

### FDP

Keine Altersbegrenzung für den Renteneintritt ist ein Ziel der FDP. Arbeiten bis 68, 69 oder 70 würde dadurch ermöglicht. "Ab 60 entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht" - solange die Rente dann über dem Grundsicherungsniveau liegt. Die Liberalen sprechen sich für das "Baukastenprinzip" der betrieblichen und privaten Altersvorsorge aus. Beides soll nicht mehr auf die Grundsicherung angerechnet werden. Zur besseren Übersicht über die eigene Rentenhöhe möchten sie ein digitales Rentenkonto, das "Vorsorgekonto", einführen. Über die Höhe der Rente machen sie keine Aussagen.

Quelle: [http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme\\_btwahl2017.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme_btwahl2017.html)